

Editorial



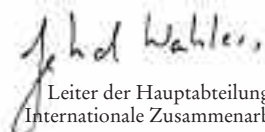
Der Aufstieg des Begriffs *good governance* im entwicklungspolitischen Diskurs begann nach dem Ende des Kalten Krieges, als es nicht mehr nötig war, im globalen ideologischen Konflikt auf Verbündete mit zweifelhaften Herrschaftsmethoden Rücksicht zu nehmen. *Bad governance* gesellte sich als logisches Implikat bald hinzu. Inzwischen gibt es zu dem Thema eine Fülle von Literatur, Erklärungen und Arbeitspapiere nationaler Entwicklungsbehörden und internationaler Organisationen. Und tatsächlich ist die Brisanz des Themas unübersehbar: Die Länder, die unter die Kategorie *bad governance* fallen, sind die mit den niedrigsten Einkommen, der höchsten Kinder- und Müttersterblichkeit und der höchsten HIV-Infektionsrate. Sie stellen die Entwicklungspolitik vor eine besondere Herausforderung, wenn diese nicht den Standpunkt bezieht, es sei besser, vermeintlich aussichtslose Fälle von vornherein aufzugeben und die Entwicklungszusammenarbeit auf Länder mit prognostizierbar guten Zukunftsaussichten zu konzentrieren.

Zur Bedeutung von *good* und *bad governance* ist zu beachten, dass *governance* nicht als Synonym von *government* aufzufassen ist. Es geht nicht nur um gute oder schlechte Regierungsführung, sondern um alle Bereiche des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Politik hervorbringen, insbesondere werden auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Betracht gezogen. Andererseits hat das Thema *good (bad) governance* eine leicht erkennbare sachliche

Nähe zu anderen wie *failing (failed, fragile) states* und schwierige Partnerschaften. Jedoch handelt es sich dabei nicht um dasselbe: Fälle von *bad governance* und von *failing states* können sich decken, müssen es aber nicht, *bad governance* kann durchaus auch in stabilen Staaten beobachtet werden. Schwierige Partnerschaften sind nicht derselbe Gegenstand, hier handelt es sich vielmehr um einen Begriff, der das Gewicht auf die Geber-Nehmer-Beziehungen aus der Perspektive der Geberländer legt.

Obwohl *good (bad) governance* erst in den neunziger Jahren in die entwicklungspolitische Diskussion Eingang fand, ist die Sache keineswegs neu. Die Bekämpfung von *bad governance* ist von Anfang an einer der großen Schwerpunkte der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung gewesen. Die Auslandstätigkeit der Stiftung zielte und zielt im Wesentlichen auf Demokratieförderung, und dies im staatsnahen (Parteien) wie im gesellschaftlichen Bereich. Ausgehend von der Einsicht, dass nachhaltige Entwicklung nicht ohne die Schaffung günstiger (politischer) Rahmenbedingungen möglich ist, war die entwicklungspolitische Strategie der politischen Stiftungen immer schon, den Aufbau stabiler demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen zu fördern und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterstützen, in denen sowohl demokratische Verfahren eingeübt werden können als auch Potenziale der Machtkontrolle entstehen. In dieselbe Richtung geht die Förderung von Medien und Gewerkschaften und auch das Werben für die soziale Marktwirtschaft. Im heutigen Sprachgebrauch ist die Entwicklungstätigkeit der Stiftung also seit jeher Schaffung und Förderung von *good governance*.

Ich möchte deshalb in der vorliegenden Ausgabe unserer Zeitschrift besonders auf den Artikel „Good Governance als Paradigma moderner Entwicklungspolitik. Bad Governance und schwierige Partnerschaften: Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ von Anton Bösl hinweisen.


Leiter der Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit